

3 INTERVENTION IN SYRIEN / AGGRESSION GEGEN IRAN
International

6 WAHLEN IN THÜRINGEN
Thüringen

8 ÜBER DIE FASCHISTISCHE BEWEGUNG
Berlin

10 MÜMMELE: NETTO + GÜNTHER = SCHEISSE
Hamburg

12 OSLEBSHAUSEN: KAMPF UM KITAPLÄTZE
Bremen

14 FASCHISTISCHER TERROR IN HALLE
BRD

16 KAMPF DER FRAUEN IN PALÄSTINA
Frauen

18 GRÖNEMEYER, FASCHISMUS UND DEMOKRATIE
Kultur

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die Welt ist in Aufruhr. Proteste im Irak gegen die korrupte Regierung, Proteste und Kämpfe in Ecuador gegen die volksfeindliche Politik, erneute Proteste in Katalonien und anderen Ländern. Türkische Intervention in in Syrien, verstärkte Aggression des Yankee-Imperialismus gegen den Iran. Es ist klar geworden, dass es nicht genug Seiten in dieser Zeitung gibt um über alles im Detail zu berichten, was auf der Welt passiert. Zum Glück gibt es die Seite demvolkedienen.org die mehrere dieser Themen abdecken kann.

In der BRD entwickelt sich ein faschistischer Terror, der von der Bourgeoisie dazu genutzt wird die grundlegenden bürgerlich-demokratischen Rechte, wie die Meinungsfreiheit im Internet, weiter einzuschränken. Unter dem Deckmantel der Verteidigung der Demokratie werden die demokratischen Rechte angegriffen. Der faschistische Terror in Halle zeigt was die Herrschenden von ihren eigenen Gesetzen halten, sie sind nicht mehr als Schall und Rauch, um die Ausgebeuteten und Unterdrückten niederzuhalten. Der Terror in Halle hat seine Spuren hinterlassen. So drehen sich gleich mehrere Artikel dieser Ausgabe um Aktivitäten von Faschisten und den antifaschistischen Kampf. Aber auch der Kampf der Massen in den Arbeitervierteln entwickelt sich an unterschiedlichen Orten. Währenddessen betreibt der deutsche Staat weiter seine chauvinistische Kampagne, um die deutschen und die ausländischen Arbeit zu spalten. Erst letzten Monat wurde das Verfahren gegen den Henker von Adel B. (siehe RoPo Nummer 19) in Essen eingestellt.

Es wird deutlich, dass sich der Klassenkampf international und in der BRD verschärft. Wer in einer solchen Situation die Hände in den Schoß legt oder sich vom revolutionären Weg abwendet,

der verrät unsere internationale Klasse – das Proletariat. Wer sich von den Ereignissen nicht angestachelt fühlt noch mehr zu tun und die Aufgaben der Revolution in diesem Land anzupacken, der muss von der Gleichgültigkeit der Bourgeoisie befallen sein. Eine üble Krankheit die entschieden bekämpft werden muss. Wir hoffen unseren Beitrag dazu zu leisten.

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

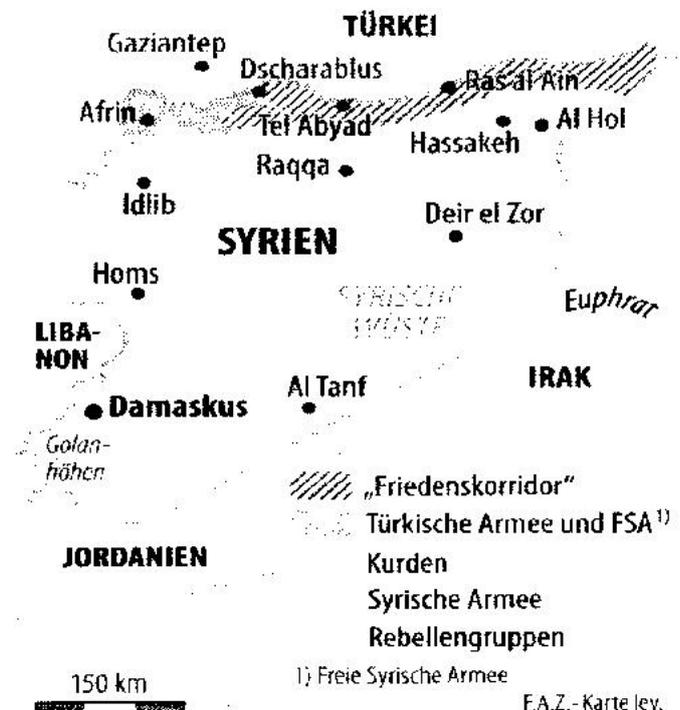
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

TÜRKISCHE INTERVENTION IN SYRIEN

Am 9. Oktober fiel die türkische Armee im Nordosten Syriens ein. Das Gebiet umfasst rund 1,7 Millionen Einwohner, die in der Hauptsache Kurden sind. Als offizielle Begründung schiebt die türkische Regierung eine sogenannte Sicherheitszone im nord-syrischen Bereich vor, in der syrische Flüchtlinge untergebracht werden sollen, die zurzeit in der Türkei leben. Nur wenige Tage nach dem Überfall gab es bereits mehrere Hunderte Tote, natürlich hauptsächlich auf der Seite der Kurden, und darunter auch viele Zivilisten. Außerdem waren ebenfalls nur wenige Tage nach Beginn der Kämpfe laut Angaben der Vereinten Nationen weit über 100.000 Menschen auf der Flucht. Auch hier in der BRD gab es schon einige Reaktionen und im ganzen Land gab es große Demonstrationen gegen die Intervention der Türkei. Der türkische Staat zeigt mit seiner sogenannten Offensive ganz klar seinen bestialischen und völkermörderischen Charakter gegenüber den Völkern Syriens. Seine chauvinistische Kampagne gegen die Kurden und den sogenannten „Terrorstaat“, der laut der türkischen Regierung im Nordosten Syriens errichtet wurde, dienen der Rechtfertigung des Völkermordes, den die Türkei durchführt. Doch was man nicht aus den Augen verlieren darf, ist die Rolle, die der größte Völkermörder, den es auf der Welt gibt, in der Türkei und bei dem Angriff auf Nordostsyrien spielt - die USA. Denn die Türkei ist eine unterdrückte Nation und befindet sich in Abhängigkeit zur imperialistischen Supermacht USA. Und die USA vertreten mit dieser Offensive, die durch ihren Kettenhund Türkei stattfindet, ihre eigenen Interessen innerhalb von Syrien. Und diese Interessen sind im jetzigen Moment in der Hauptsache die „Balkanisierung“ des sogenannten Mittleren Ostens, und den Zustand des Chaos, der in Syrien herrscht, zu einem Dauerzustand zu machen. Der Begriff Balkanisierung kommt von der Aktion der Imperialisten auf dem Balkan, wo Jugoslawien in viele einzelne Staaten aufgesplittet wurde und die einzelnen Völker der Region immer noch die ganze Zeit gegeneinander aufgehetzt, Massen gegen Massen gestellt werden. Wenn der Krieg zwischen den einzelnen Völkern herrscht, kann er nicht vereint gegen die herrschenden, gegen die wirklichen Feinde der Völker der Welt geführt werden. Und bei sich immer weiter zuspitzenden Widersprüchen auf der ganzen Welt ist diese Balkanisierung ein

kluger Schachzug der Imperialisten. Und die verräterische Rolle der Yankees wird erst recht deutlich, wenn man betrachtet, dass die USA Verbündeter und Befehlshaber der kurdischen Streitkräfte in Syrien waren. Denn die kurdischen Organisationen rund um die sogenannte Arbeiterpartei PKK, die das Gebiet im Nordosten Syriens führen, haben sich selbst von den Yankees, d.h. vom Imperialismus abhängig gemacht.

Der Krieg ist Folge dieses Systems, des Imperialismus. Und der größte Völkermörder der Welt hat auch wieder seine Finger mit im Spiel, auch wenn es auf den ersten Blick nicht so aussieht. Doch Fakt ist, dass kein Land auf dieser Welt das Recht hat sich in die Angelegenheiten eines anderen Landes einzumischen. So auch nicht die Türkei, die als Lakai des Yankee Imperialismus fungiert. Doch gleichzeitig kann auch kein Volk die Befreiung seines Jochs mit der Hilfe eines Imperialisten erlangen. Der einzige Weg, den die Völker der Welt und in diesem Fall die Völker Syriens gehen können um sich zu befreien, ist die Waffe in die Hand zu nehmen und gegen den Imperialismus zu kämpfen. Und es ist vor allem die Aufgabe der syrischen Kommunisten, voran zu gehen, die Kommunistische Partei aufzubauen und diesen antiimperialistischen Widerstand in Verbindung mit den Völkern Syriens zu führen. •



DER KRIEG IM JEMEN UND DIE AGGRESSION GEGEN DEN IRAN

Seit Wochen nimmt die Aggression der imperialistischen Staaten, allen voran der USA, gegen den Iran zu. Der jüngste Vorwand um Stimmung gegen den Iran zu machen ist ein Drohnenangriff auf die größte Ölraffinerie Saudi-Arabiens. Dies führte in der Folge zu einem Einbruch der Produktion um die Hälfte der vorher geförderten Erdölmenge. Ein empfindlicher Schlag, da Saudi-Arabien nicht nur der größte Erdölexporteur der Welt ist, sondern seine Wirtschaft in der Hauptsache auf dem Erdölexport basiert. Die Raffinerien gehören zum staatlichen Ölkonzern Aramco (früher trug der Konzern den treffenden Namen: Arabian-American Oil Company). Zu dem Anschlag bekannten sich die schiitischen Huthi-Rebellen.

Der Krieg im Jemen

Die Huthi-Rebellen führen im Nachbarland Jemen einen nationalen Befreiungskampf gegen das von Saudi-Arabien gestützte Marionettenregime. Im Verlauf der letzten Jahre konnten sie große Teile des Landes inklusive der Hauptstadt erobern. Der Präsident Abed Rabbo Mansur Hadi ist faktisch entmachtet und musste aus dem Land fliehen und lebt mittlerweile im Exil in – Überraschung – Saudi Arabien. Da eine Niederlage der jemenitischen Marionettenregierung abzusehen war, griff das Saudische Königreich direkt in den Bürgerkrieg ein und schuf dafür eine Koalition mit den anderen Golfstaaten, der aktuell Ägypten, Bahrain, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien, Marokko, Sudan und Senegal angehören. Das ganze wird von den imperialistischen USA, Frankreich und Großbritannien unterstützt. Die Koalition bekämpft das jemenitische Volk mit brutalsten Mitteln, wie der Bombardierung von Städten und der Aushungerung durch Blockaden. Doch obwohl die hochgerüsteten Golfstaaten vor nichts zurückschrecken, können sie nicht siegen. Auch der jüngste Angriff zeigt, dass Saudi Arabien auf seinem Territorium verwundbar ist und auch die ganzen technischen Spielereien und Abwehrsysteme, die sie von den US-Imperialisten bekommen haben, sie nicht wirklich schützen können. Darüber hinaus erringen die Rebellen immer wieder militärische Erfolge gegen die scheinbar übermächtige Koalition.

So verkündete ein Sprecher der Rebellen, kurz nach den erfolgreichen Drohnenangriffen habe man im Zuge einer größeren Operation etwa 2000 Gefangene auf der saudischen Seite der Grenze gemacht. Darunter sollen sich nicht nur einfache Soldaten, sondern auch Offiziere befinden. Zudem seien hunderte Feinde verletzt oder getötet worden. In so einer Situation lassen die US-Imperialisten ihren treuen Lakaien in der Region natürlich nicht alleine. Die USA versorgen Saudi Arabien schon seit Jahren mit modernster Militärtechnik und Waffen. Von Kampfflugzeugen und Apache-Kampfhubschraubern über Bomben, Granaten und Gewehre reicht das Arsenal. Die jüngsten Angriffe gelten den USA jetzt als Rechtfertigung, um 200 weitere Soldaten und „Patriot“-Luftabwehrraketen auf saudischem Territorium zu stationieren. Dies diene dem Schutz von wichtiger „militärischer und ziviler Infrastruktur“, verkündete ein Sprecher des Pentagon. Und das obwohl es schon eine „bedeutende Präsenz“ von US-Soldaten in der Region gibt, wie das Pentagon in der gleichen Rede zu Protokoll gab. Aber auch Deutschland mischt hier kräftig mit; so stand Saudi-Arabien im Jahr 2014 auf Platz sechs der wichtigsten Empfängerländer der deutschen Rüstungsindustrie. Mit dieser Technik werden jetzt seit über vier Jahren Zivilisten, Frauen und Kinder ermordet. Mit diesen Waffen wird eine Seeblockade aufrechterhalten, um das jemenitische Volk auszuhungern. Mindestens 85.000 jemenitische Kinder sind seit dem Beginn des Krieges, der durch Saudi Arabien – unterstützt von den USA – begonnen wurde, gestorben. Auch Hungersnöte und Epidemien breiten sich in dem vom Krieg gebeutelten Land rasant aus. An den Händen dieser ganzen sauberen Herren aus dem Westen klebt Blut und es wird Tag für Tag mehr.

Da die Huthi-Rebellen ihrerseits aus dem Iran unterstützt werden, dauerte es nicht lange, bis Sprecher der US-Regierung den Iran beschuldigten, verantwortlich für die Angriffe zu sein. Eine Einleitung dafür, militärische Vergeltung gegen den Iran zu fordern. Schließlich gäbe es keine Beweise dafür, dass die Angriffe tatsächlich aus dem Jemen stammten. Neben dem Kalkül einen Vorwand gefunden zu haben um weiter Stimmung gegen den Iran zu

THÜRINGEN

DIE WAHLEN DER BOURGEOISIE IN THÜRINGEN

Die meisten von uns dürften bereits durch die unzähligen hässlichen Wahlplakate, eine Wahlbenachrichtigung im Briefkasten oder die Berichterstattung in den bürgerlichen Medien bemerkt haben, dass in diesem Oktober Landtagswahlen in Thüringen anstehen.

Wie zu jeder Wahl der herrschenden Klasse versuchen wieder alle Parteien die Gunst des Volkes für sich zu gewinnen. Eins haben sie dabei alle gemein, dieses dreckige System der Ausbeutung und Unterdrückung zu erhalten und zu verteidigen. Einige Parteien treiben es dabei mit ihren Bemühungen soweit, dass man nicht weiß ob man einfach nur lachen, bitterlich weinen oder voller Wut aufschreien soll. Egal wie man reagiert, bei längerem Nachdenken sollte klar sein, dass die Lösung nur ein gestärktes Klassenbewusstsein und die Verachtung dieser „Volksvertreter“ sein kann.

Jede der bürgerlichen Wahlvereine („Parteien“) sieht in der stürmischen Zeiten der heutigen Tage einen Hoffnungsschimmer gestärkt bzw. mit wachsenden Prozenten aus den Wahlen hervor zugehen. Nach aktuellen Umfragen sind die größten Verlierer in Thüringen die CDU und wie könnte es anders sein die SPD. Die CDU verliert ihre Position als stärkste Kraft und die SPD ist mit den Grünen gleich auf bei ca. 9%. Dadurch ist nun die Linke mit Bodo Ramelow die Partei mit den meisten Stimmen, auf Platz 2 die AFD mit voraussichtlich um die 24%.

Schauen wir uns einige Versuch der Parteien im Wahlkampf die Gunst des Volkes für sich zu gewinnen an. Die CDU um Mike Mohring gibt sich betont konservativ. Die Angst davor noch mehr Stimmen an die AFD zu verlieren ist groß. Es wird sich im Wahlkampf heimatverbunden gegeben. Ein gutes Mittel für Mohring war hierbei die Diskussion um den Borkenkäfer in den Wäldern Thüringens. Perfekt in Szene gesetzt wanderte der CDU-Landesvorsitzende daher durch den Thüringer Wald und fordert nebenbei die Bundeswehr einzusetzen um dem Problem Herr zu werden. Am liebsten würde Mohring die Bundeswehr wahrscheinlich auch gegen andere „Schädlinge“ einsetzen. Wer das dann

ist können wir uns alle nur zu gut vorstellen – jeder der es wagt das bestehende System zu hinterfragen.

Hier Zeilen über einen der größten Feind der organisierten Arbeiterklasse, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zu verlieren ist mit großer Wahrscheinlichkeit überflüssig. Dieses Pack hat sich selber durch verschiedenste lächerliche Aktionen in unglaublicher Kontinuität herabgewirtschaftet und ins Aus geschossen. In Thüringen werden sie entweder in der Opposition völlig untergehen oder als Steigbügelhalter für „König Bodo“ nächste Amtszeit dienen. Aber genug jetzt über die SPD, man tritt auf niemanden ein der bereits halbtot am Boden liegt.

Ob Rot-Rot-Grün noch einmal zustande kommt, ist aber nicht nur von der SPD abhängig. Auch die Grünen werden, wenn sie können, wieder in eine Koalition mit der SPD und der Linkspartei gehen. Eigentlich verwundert es, dass die Grünen nicht mindestens 2-stellig sind. In Zeiten von Fridays For Future und Extinction Rebellion hätte man erwarten können, dass die von ihnen groß angekündigten Klimawahlen dafür sorgen, dass sie ein paar Prozentpunkte mehr bekommen. Die Versuche der Grünen mit ihrer Klimabewegung Stimmen von vor allem Jugendlichen abzugreifen, scheint in Thüringen auf Landesebene gescheitert zu sein, auch wenn in einzelnen Städten wie Erfurt, Weimar oder Jena ihre Wahlergebnisse wesentlich besser ausfallen.

Kernelement und führende Kraft in der aktuellen Koalition in Thüringen ist die Linkspartei. Eine Partei die sich immer wieder so hinstellen möchte als wären alle Probleme der Menschen in Thüringen weniger drastisch solange sie an der Macht sind. Doch welche Probleme lösen sie den wirklich? Das Problem, dass ein Großteil von uns tagtäglich am Arbeitsplatz ausgebeutet wird oder in der Schule oder Universität auf die kommende Ausbeutung vorbereitet wird? Das Problem, dass es in Thüringen organisierte Faschisten gibt die sich auf einen Rassenkrieg freuen und sich darauf vorbereiten? Die Probleme der unzufriedenen Jugend, die keine Perspektive mehr sehen? Alle diese Probleme sind der Linkspartei egal. Ihre



machen, ist Saudi Arabien mit seinem Öl ein wichtiger Energielieferant. Und Aramco macht mit seinem Nettogewinn von 99 Milliarden Euro mehr Profit als alle anderen großen Öl-Produzenten zusammen. Jede Aufregung über diesen Angriff ist nichts anderes als Heuchelei. Schließlich sind es die USA und die westlichen Staaten, die tagtäglich Kriegsverbrechen im Jemen ermöglichen und unterstützen. Und auch die EU erdreisten sich jetzt, in dem Angriff auf zwei Raffinerie-Anlagen eine „reale Bedrohung der regionalen Sicherheit“ zu sehen und folgern daraus einen deutlich höheren Handlungsbedarf als aus toten Menschen. Nun kommt der Krieg eben auch bei seinen Verursachern in Saudi-Arabien an.

Sanktionsregime gegen das iranische Volk

Allerdings nutzen die USA diese Vorfälle zur Rechtfertigung weiterer Sanktionen und militärischer Maßnahmen gegen den Iran. Das ganze Gerede davon, dem iranischen Volk nichts Böses zu wollen und nur auf die „Führer“ zu zielen, entlarvt sich als offensichtliche Lüge, wenn man sich anschaut, dass die Wirtschaftssanktionen lauter alltägliche Güter mit einschließen. Außerdem hat niemand, auch nicht die USA, die sich als Weltpolizei aufspielen, das Recht sich in die inneren Angelegenheiten einer anderen Nation einzumischen. Aber das ist die Realität, wie sich die USA überall in der Welt aufführen. Ob die Völker der Welt essen oder hungern, leben oder sterben ist ihnen völlig egal. In der Regel sind sie die Hauptverantwortlichen dafür, wenn Menschen irgendwo auf der Welt in die Luft gesprengt werden oder verhungern. Das einzige worum es den

US-Imperialisten geht, ist sich Macht und Einfluss zu sichern bzw. überall auf der Welt zu erhalten. Das Problem mit dem Iran ist, dass er sich nicht so leicht kontrollieren lässt wie viele andere Staaten in der Region. Doch auch der iranische Präsident Hassan Rohani ist bereit zum Dialog mit den Vereinigten Staaten. Die Bedingung dafür sei allerdings die Aufhebung der amerikanischen Sanktionen gegen den Iran. Doch Trump verfolgt gegenüber dem Iran eine Politik des maximalen Drucks, und wie es im Moment aussieht, wird er diesen auch weiterhin aufrecht erhalten. Für uns, die wir in einem imperialistischen Land leben, geht es nicht darum uns zu sagen, der Iran wäre irgendwie besonders fortschrittlich oder antiimperialistisch, nur weil sie sich dem Zugriff des Hauptfeinds der Völker, den US-Imperialisten, entziehen, und ihre Interessen denen der USA zuwiderlaufen. Aber wir dürfen nicht auf die Kriegspropaganda der Imperialisten reinfallen, die uns weis machen wollen, die ganzen Sanktionen, Beschuldigungen und militärischen Drohgebärden würden gemacht werden, um die Herrschenden in Teheran in Bedrängnis zu bringen und das würde am Ende dem iranischen Volk nützen. Alles was die Imperialisten gegen den Iran unternehmen, ist ein Angriff auf das iranische Volk, und wie die Zukunft des Iran aussieht hat verdammt noch mal die Sache des iranischen Volks zu sein und ist nicht die Entscheidung irgendwelcher Politiker in Washington oder sonst wo. Jede imperialistische Aggression gegen die unterdrückten Nationen muss von unserer Seite entschieden zurückgewiesen werden. •

Lösung ist sich „Refugees Welcome“ auf die Fahne zu schreiben und trotzdem permanent Menschen in Hunger und Elend abzuschieben! Ihre Lösung ist es den Weltkindertag zu einem Feiertag zu machen und kurz vor der Wahl daran zu erinnern, dass es ihre Idee war. Aber wer hält den dieses Scheißsystem am Laufen, in dem wir uns nur von Wochenende zu Wochenende hangeln und uns dann mal über einen zusätzlichen freien Tag freuen? Die Linkspartei!

So wie die MLPD versucht die revolutionäre Bewegung in bürgerliche Bahnen zu lenken, so versucht die AfD die verschiedenen rechten und faschistischen Strömungen in bürgerliche Fahrwasser zu führen. Die Alternative für Deutschland macht in Thüringen, so wie in ganz Ostdeutschland unter dem Motto Wende 2.0 mobil. Sie versuchen ihre marktradikalen und rassistischen Ansichten zu verstecken und behaupten sie wären das Volk. Sie versuchen die bürgerliche Maske nicht völlig fallen zu lassen auch wenn es angesichts immer wiederkehrender „Ausrutscher“ schwer fällt. Entweder durch Äußerungen ihres Thüringer Parteichefs, im doch ziemlich kurzen Sommerinterview oder durch ihr Auftreten in der Öffentlichkeit. Schlagzeilen machte die AfD in letzter Zeit vor allem im negativen Sinn. So brachte es z.B. ein Weimarer Stadtrat zu fraglicher Berühmtheit, in dem er mit einer Schreckschusswaffe in einem Arbeiterviertel am Rande der Stadt um sich ballerte und als die Spielverderber in Blau kamen mit einer lockeren Zunge und der ein oder anderen Widerstandshandlung glänzte. Das war der AfD dann wohl zu viel, bevor sie ihr Image als konservative

Partei ganz verlieren wird dem Parteikamerad der Austritt nahegelegt, anderenfalls soll ein lang andauerndes Ausschlussverfahren eingeleitet werden. Ein anderes Highlight im Wahlkampf der rechten Demokraten mit einer deutlichen faschistischen Tendenz war ein Familienfest im Arbeiterviertel Rieth in Erfurt. Hier machten zwei AfD-Anhänger auf sich aufmerksam in dem sie den Hitlergruß vor den Cops zeigten. Die Konsequenz waren zwei Festnahmen. Blöd gelaufen.

Am Ende wird deutlich, jede Partei hat andere Zielgruppen und entsprechend auch andere Mittel mit denen sie versuchen sich als die Stimme des Volkes darzustellen. Wer sich diese Ansammlung von Komikern genauer anschaut bemerkt, dass es keine weiteren in ihren Reihen braucht, sondern dass die Farce der bürgerlichen Wahlen schon lächerlich genug ist, wenn sie für uns nicht derart traurige Konsequenzen hat. Die Unterdrückung und Ausbeutung unter der ein Großteil der Gesellschaft leiden muss, wird mit jeder Stimme bei den bürgerlichen Wahlen gefestigt. Die Lösung kann nicht sein zu hoffen, dass wir durch unsere Entscheidung an der Wahlurne unsere Freiheit erlangen, sondern zu verstehen, dass wirklicher gesellschaftlicher Fortschritt schon immer erkämpft wurde.

Ausbeutung abwählen – das klappt nie!
Boycott der Wahlen der Bourgeoisie!•



BERLIN

NEUIGKEITEN DER FASCHISTISCHEN BEWEGUNG IN BERLIN

In vorherigen Ausgaben wurde bereits über die Entwicklung der faschistischen Tendenz der BRD und die Entwicklung der faschistischen Bewegung in diesem Land berichtet. In Berlin gab es in der ersten Oktoberwoche mehrere Beispiele in denen sich beides wiederfindet. Nicht nur in den Randbezirken, wie manche Klischees vermuten lassen, haben immer wieder Faschisten ihr Unwesen getrieben. Sei es mit Demonstrationen am 3. Oktober, bei denen sie den sogenannten „Tag der deutschen Einheit“ (Annektion der DDR ist was hier tatsächlich gemeint ist) feiern und ähnlich verstehen wie der deutsche Staat, als Feier des deutschen Imperialismus und seiner Stärke. Oder sei es mit einer Pegida-München-Kundgebung am 5. Oktober in Friedrichshain. In beiden Fällen gab es auch Gegendemonstrationen auf denen die Polizei ihre faschistische Tendenz beweisen konnten. Die ohnehin bestehende Besatzung von ganzen Vierteln wurde am dritten noch extrem ausgeweitet, so wurden allein aus anderen Bundesländern 2200 Bullen eingesetzt. Sogar wenn man ihre Schikanen und Präsenz aus dem Alltag gewohnt ist, war hier das Ausmaß überraschend. Ein Alltag in dem in dem

man militärische Bewaffnung an Bahnhöfen gewöhnt ist, ein Alltag in denen in Straßen wie der Rigaer alle paar Minuten ein Einsatzwagen an einem vorbeifährt und in unseren Vierteln sich die Bullenwachen eng an eng häufen.

Auch die Gegenkundgebung gegen die Pegida-Kundgebung in Friedrichshain war ein weiteres Beispiel für das Ausmaß der Bulleneinsätze. Hier kamen, laut Zahlen von den Bullen selbst, auf jeden Demonstrierenden 1,4 Bullen. Außerdem zeigen hier die bürgerlichen Medien erneut offen auf welcher Seite sie stehen. Im Zuge eines massiven Bullenaufgebots, Polizeigewalt und mehreren Festnahmen titelten sie „Flaschenwürfe in Rigaer Straße“ und zitieren wiederum großflächig aus dem Pressebericht der Bullen. Dass der nicht die Realität widerspiegelt, sondern Propaganda von den Bullen für die Bullen ist, ist klar.

Wir beobachten also immer wieder Versuche der faschistischen Bewegung zu wachsen und sich zu entwickeln, die Hand in Hand gehen



Nazidemo am 3. Oktober in Berlin

mit dem Erstarken der faschistischen Tendenz. Die Militarisierung im Inneren ist nicht umsonst immer wieder Thema in dieser Zeitung. Die AfD, erfüllt dabei konsequent ihre Rolle die faschistische Bewegung in parlamentarische Bahnen zu lenken und als Begründung und Anlass für das offene Übernehmen faschistischer Positionen durch die Regierungsparteien. Das Anwachsen der faschistischen Bewegung findet so auch statt, aber die diesjährigen Mobilisierungen zu Demonstrationen am 3. Oktober sind vergleichsweise zu den letzten Jahren nicht gestiegen.

Auf der anderen Seite beobachten wir jedoch auf die wachsenden Gegendemonstration und stellenweise auch ein Anwachsen ihrer Militanz. Sowohl die Anzahl der Gegendemonstrationen, als auch die Anzahl der Demonstrierenden auf den Demos war höher als in den letzten Jahren, in welchen auch am 3. Oktober Fascho-Demos mit entsprechenden Gegendemos stattfanden. Es gibt hier auch einen großen Teil bürgerlichen Antifaschismus, der lieber an der parlamentarischen Form der bürgerlichen Diktatur festhalten will. Es gab aber auch Demonstrierende die den Antifaschismus erfolgreich mit dem Kampf gegen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verbunden haben und den Anlass des 3. Oktober genutzt haben um den deutschen Imperialismus und seine mörderische, ausbeuterische Rolle in der Welt zu denunzieren.

An all diesen können wir klar die Notwendigkeit von Antifaschismus ablesen, aber wir müssen uns auch die Frage stellen wie dieser auszusehen hat. Es ist notwendig nicht nur die aktuellen Auswüchse der faschistischen Tendenz zu bekämpfen, sondern sie an ihren Wurzeln zu packen und auszureißen. Diese Wurzeln identifiziert eine beliebte Demo-Parole richtig: „Hinter dem Faschismus steht das Kapital – der Kampf um Befreiung ist international!“. Denn der Faschismus ist nur eine Form, die die Diktatur der Bourgeoisie annehmen kann. Er steht ihr nicht feindlich gegenüber. All der sogenannte Antifaschismus der bürgerlichen Parteien ist vor allem ein Versuch sich in gerechtfertigte Kämpfe einzuschleusen und sie in für das Kapital verträgliche Bahnen zu leiten. Ihr Problem mit dem Faschismus ist eine taktische Frage, keine von Prinzipien. Sie versuchen noch am bürgerlichem Parlamentarismus festzuhalten so lange sie können, dass sie genau in dem Moment wo sie es für notwendig halten damit brechen ist aber auch klar. Das beweisen sie Tag für Tag erneut. Zum Beispiel mit der nahezu militärischen Besetzungen unserer Viertel, den Erneuerungen der Polizeigesetze und ihrer militärischen Aufrüstung, mit mehr oder weniger verdeckten Verbindungen zu faschistischen Bewegungen (z.B. Combat18 oder den NSU), mit Teilen ihrer Migrationspolitik oder auch massiven Bullenaufgeboten und direkter Polizeigewalt wie am dritten und fünften Oktober. •



Aktion der Revolutionäre gegen den „Tag der deutschen Einheit“ in Berlin

NETTO + GÜNTHER = SCHEISSE

Eigentlich ist es kaum zu glauben, aber dieser Schwachsinn des Schulleiters Gernot Günther ist tatsächlich real! Die Schüler und Schülerinnen der Stadtteilschule Mümmelmannsberg dürfen nicht mehr bei "Netto" einkaufen gehen. Durften sie nie. Niemand soll das Schulgelände während der Schulzeit verlassen. Aber natürlich hat sich keiner an einen solchen Unfug gehalten - noch nie und das wird auch nicht passieren. Darum ist nun ein weiterer Schritt seitens der Schulleitung erfolgt. In Absprache mit dem Supermarkt kontrollieren jetzt Türsteher den Einlass. Zwischen 8 Uhr morgens und 16 Uhr dürfen keine Schüler in den Netto hinein. Zwangsmaßnahmen und Konditionierung solcher Art haben einen Sinn. Sie dienen der Formierung als brave unterwürfige Bürger. Untertanen sind erwünscht. Regeln müssen eingehalten werden, egal ob sie sinnvoll sind oder nicht. Nicht Fragen stellen, sondern sich fügen. Widerstand hat keinen Sinn. Das ist was Günther unseren Kindern beibringen will. Auch wenn es so anmutet und gekränkte Eitelkeit des hohen Herrn Beamten sicherlich eine Rolle spielt, er ist kein im Machtrausch Amoklaufender.

In unseren Vierteln tobt sich der Staat - in diesem Falle die Schulleitung als dessen Vertreter - gerne aus. Hier ist ein "Problemviertel". Hier leben viele arme Leute und Ausländer. Denen will der Staat immer wieder deutlich zeigen, wo ihr Platz ist - am unteren Ende der Gesellschaft. Hier darf man nicht mal zu Halloween auf die Straße. Glaubt irgendjemand, dass sowas in Eppendorf oder Eimsbüttel passieren

könnte? Sicher nicht, denn da sind die Kinder reich, brav und weiß. Man kann die schikanösen Regelungen natürlich weiterhin einfach ignorieren und gegebenenfalls woanders einkaufen. Man kann sich beschweren. Aber man kann sich mit solchen Zumutungen nicht einfach abfinden. Man muss dagegen kämpfen - wie auch immer. Klar ist: Die Schikane der jungen Leute muss aufhören! Gernot Günther muss seinen Kreuzzug aufgeben. Einige Revolutionäre unterstützten die Schüler, indem sie den Netto verschönerten.

Immer wieder werden Jugendlichen des Viertels schikaniert. 2014 versuchten die Bullen vor der selben Schule, eine Halloween-Party von 300-400 Jugendlichen aufzulösen. Doch damit kamen sie nicht weit. Die Bullen wurden sofort angegriffen: Die Verstärkung der Streifenpolizisten, darunter eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei, wurde mit Steinen, Böllern und Eiern beworfen. Die Beamten brauchten insgesamt zwei Stunden, um die Situation wieder unter ihre Kontrolle zu bringen, drei von ihnen wurden verletzt. Solche und andere Rebellionen zeigen den Herrschenden, dass sich das Volk die Anpassung an das System der Ausbeuter nicht bieten lässt! Solche und andere Rebellionen verdeutlichen uns, dass wir in der Lage sind, die Staatsgewalt zur Hölle fahren zu lassen! In diesem Sinne:

Mümmel + Jugend = Klasse
Kämpft und wehrt euch!
Die Rebellion ist gerechtfertigt! •



CHAUVINISTISCHE GEWALT IN MÜMMELE

Im Zusammenhang mit dem vorigen Artikel wollen wir auch noch auf eine andere Sache die sich kürzlich in Mümmel ereignete aufmerksam machen. Anfang September wurde in Mümmel ein 22-jähriger Syrer von drei Faschisten auf beschimpft, brutal zusammengeschlagen und ausgeraubt. Der 22-Jährige wurde von zwei Männern im Alter von 29 und 31 Jahren und einer Frau im Alter von 48 Jahren angegriffen, als er den U-Bahnhof verlassen wollte. Die drei alkoholisierten Faschisten beschimpften den Syrer ausländerfeindlich, schlugen und traten zu dritt auf ihn ein und würgten ihn. Oben drein nahmen sie ihm sein Handy ab. Später musste der 22-Jährige mit Prellungen und Platzwunden übersät ins Krankenhaus gebracht werden. Die drei Täter wurden kurze Zeit später von den Bullen gefasst, die Frau wurde jedoch sofort wieder freigelassen, angeblich weil „keine Haftgründe vorliegen“. Solche Angriffe auf Migranten kommen in dieser Gesellschaft immer wieder vor. Diese werden durch imperialistischen Chauvinismus gerechtfertigt und angestachelt. Imperialistischer Chauvinismus dient dazu die Ausbeutung und Unterdrückung der unterdrückten Völker der Welt zu rechtfertigen. Aber er dient auch dazu, die Spaltung der Arbeiterklasse in diesem Land weiter voranzutreiben, damit statt einer Vereinigung der Arbeiterklasse im Kampf gegen das herrschende imperialistische System, sich deutsche und ausländische Arbeiter gegenseitig bekämpfen. Daraus folgt auch, dass sich Faschisten stark fühlen können, weil in den Vierteln nicht organisiert gegen sie vorgegangen wird.

Nach dieser offensichtlich rassistischen Tat wurde in diesem Fall jetzt nicht etwa wegen „politisch motivierter Gewalt“ ermittelt, sondern er wird, wegen des geklauten Handys, an ein Raubdezernat weitergegeben. Oft wird eine chauvinistische Gewalttat seitens der Bullen nicht als solche registriert. Deshalb lässt sich nur auf Daten von lokalen Opferberatungsstellen zurückgreifen, die feststellen mussten, dass es sowohl in Hamburg, als auch bundesweit zu einer Zunahme von rechten Gewalttaten gekommen ist. Faschistische Gewalttaten werden von den Bullen nicht nur vertuscht und unterstützt, sondern in vielen Fällen geht diese auch von den Bullen selbst aus. In der jüngsten Vergangenheit geraten immer wieder

Fälle von chauvinistisch motivierter Gewalt und Morden ans Tageslicht. Wie zum Beispiel der Fall von Aman A., ein junger afghanischer Flüchtling, der in seiner Unterkunft in Stade von Bullen ermordet wurde, oder von Adel B., der vor seiner eigenen Wohnung von den Bullen abgeknallt wurde. Auch ganze faschistische Terrornetzwerke werden von den Staatsorganen mit ihren Leuten durchzogen, gedeckt, gestärkt und aufgebaut (siehe NSU als eines der bekanntesten Beispiele) und die Mörder sollen immer nur Einzeltäter gewesen sein, wie jetzt in Halle. Die Spaltung der Arbeiterklasse wird durch die Herrschenden immer weiter voran getrieben. Die deutschen Arbeiter werden unter anderem durch die bürgerliche Presse immer weiter gegen ihre migrantischen Kollegen aufgehetzt. Die faschistische Tendenz der BRD zeigt sich auch in unseren Vierteln, dort wo die Stadt versucht, alles zu kontrollieren und besonders migrantische Jugendliche zu braven Deutschen zu erziehen.

Doch wir dürfen uns als Arbeiterklasse nicht spalten lassen! Wir haben nichts zu verlieren außer unsere Ketten und eine Welt zu gewinnen! Wir können nur gemeinsam unsere Ketten sprengen! Wir müssen uns wehren gegen die chauvinistische Gewalt, die wir tagtäglich erfahren, gegen diesen Staat, der diese nicht nur unterstützt, sondern gerne auch mal selbst abdrückt und gegen die Versuche der hohen Beamten, uns ins Untertanentum hineinzupressen! Das geht nur, indem wir uns in unseren Viertel organisieren und gemeinsam kämpfen, als vereinigte und organisierte Arbeiterklasse! •

BREMEN

OSLEBSHAUSEN: ERFOLGREICHER KAMPF UM KITAPLÄTZE

Wer in den letzten Kitajahren in Bremen versucht hat einen Kitaplatz für sein Kind zu bekommen, der weiß aus eigener Erfahrung wie schwer das ist. Kein Wunder, denn es fehlen in Bremen mindestens 900 Kitapläte, um alle angemeldeten Kinder zu versorgen. Seit Beginn dieses Kitajahres kommt noch hinzu, dass der Kitabesuch für alle Kinder ab drei Jahren umsonst ist. Das ist natürlich schön und gut, kostenlose Kita. Doch wenn nicht mal Ansatzweise alle Kinder versorgt werden können ist es nahezu nutzlos. In den ärmeren Vierteln Bremens, wie Hemelingen und Gröpelingen, ist die Versorgungslage besonders schlecht. In diesen Vierteln kommt hinzu, dass viele Eltern gar nicht das ganze bürokratische System durchblicken, das die Stadt aufgebaut hat. So kommt es, dass viele Kinder gar nicht erst in die Kita gehen. Der Bedarf an Kitaplätzen ist also voraussichtlich noch höher.

Diese Situation ist in Bremen kein Geheimnis. Sie ist jedem Kitamitarbeiter und jedem der ein Kind hat, zumindest in den Arbeitervierteln. So scheinen die Bonzen und ihre Politiker diese Situation nicht zu kennen. Sonst hätten sie wohl nicht versucht eine Kita für 60 Kinder in Oslebshausen einfach zu schließen. Außer es ist ihnen einfach egal, ob wir in unseren Vierteln ausreichend Kitapläte haben oder nicht. So sollte es geschehen mit dem Kinderhaus Pulverberg. Das laufende Kitajahr sollte sein letztes werden, danach sollte die behelfsmäßige Einrichtung, bestehend aus Containern, entfernt werden. Die Eltern sollten mit dem Problem neue Plätze für ihre Kinder zu finden allein gelassen werden. Niemand von den „hohen Tieren“ fühlte sich verantwortlich und sie spielten ihr übliches Spiel. Der Träger, die Hans-Wendt-Stiftung, schob es auf die Bildungsbehörde keine weitere Erlaubnis bekommen zu haben. Die Bildungsbehörde schob es auf die Baubehörde, die keine weitere Standerlaubnis für die Container erteilen wollte. Die Baubehörde schob es auf irgendwelche Regularien. Aber keiner war verantwortlich für irgendwas. Das wollten einige Eltern nicht auf sich sitzen lassen. Sie taten sich zusammen und begannen damit sich zu wehren. Sie starteten eine Petition, doch es wurde schnell klar, dass dies nicht reichen würde.

So mussten sie andere Wege finden um ihr gerechtfertigtes Interesse zu verteidigen. Sie begannen damit einige große lokale Zeitungen zu informieren und ihr Problem zu schildern. Es erschienen Artikel, die einschlugen wie eine Bombe und schnell kannten fast alle in der Stadt die kleine Kita. Aufgrund der oben beschriebenen Situation ist das Thema auf empfindliche Reaktionen der bürgerlichen Politiker getroffen. Zusätzlich besuchten die Eltern mehrere Treffen der Lokalpolitiker und brachten ihr Anliegen vor. Sie machten deutlich, dass sie nicht ruhen würden, bis sie die Garantie haben, dass ihre Kita bleiben kann. Die Bremer Landesregierung erklärte das Thema zur Chefsache. Sogar der Bürgermeister lud einige Eltern zu einem persönlichen Gespräch ein. Bei diesem wurde dann verkündet, dass die Standerlaubnis für die Container verlängert wurde. Damit war nur noch unklar, ob der Träger den Betrieb aufrecht erhält. Doch jetzt Anfang Oktober erhielten die Eltern die Bestätigung, dass der Träger die Kita noch für ein weiteres Kitajahr betreiben wird. Zusätzlich soll sich um eine Verstetigung, also ein festes Gebäude statt der billigen Container, gekümmert werden. Die grundlegende Forderung der Eltern aus Oslebshausen und Umgebung wurde also erfüllt.

Es gibt einige wichtige Lehren, die die Menschen in den Arbeitervierteln aus diesem Beispiel ziehen können. Erstens, es sind nicht die Politiker die sich um ihre Probleme kümmern, hätten die Eltern nicht alle Hebel in Bewegung gesetzt, hätten diese keinen einzigen Finger gerührt. Zweitens, nur weil sie sich gewehrt haben konnten sie dafür sorgen, dass die Kita ihrer Kinder erhalten bleibt, nichts wurde ihnen geschenkt. Drittens, sollte wieder versucht werden ihnen die Kitapläte zu klauen geht der Kampf von vorne los. Und nur gemeinsam können wir in unseren Vierteln dafür sorgen, dass die „hohen Tiere“ nicht machen können was sie wollen. Der Kampf der Eltern in Oslebshausen ist ein gutes Beispiel dafür. *

LASSEN WIR UNS NICHT SPALTEN!

Dass der Chauvinismus gegenüber Migrant*innen in der BRD immer weiter zunimmt ist dieser Tage keine besondere Erkenntnis. Die abscheulichen Taten wie der faschistische Terror in Halle oder Brandanschläge auf Flüchtlingsheime sind nur ein besonders abscheulicher Auswuchs davon. Auch jenseits solcher faschistischer Gewalttaten schüren die Herrschenden immer wieder Hass und Zwietracht unter den Unterdrückten und versuchen so den einen Teil unserer Klasse gegen den anderen auszuspielen. Darüber haben wir auch schon an anderer Stelle berichtet. Bei so einer Stimmung, die von den Herrschenden geschaffen wurde, ist es allerdings auch kein Wunder, dass Teile unserer Klasse und sogar die von der Hetze Betroffenen, die migrantischen Arbeiter, unter uns auf die Hetze hereinfallen.

Das ist genau wie der imperialistische Chauvinismus, der unter den deutschen gegen die ausländischen Arbeiter verbreitet wird und uns spaltet. Der Chauvinismus wird auch verbreitet unter den migrantischen Arbeitern gegen andere, das bietet den Herrschenden auch ein Feigenblatt vom „integrierten Ausländer“, welcher ebenfalls genauso rassistisch ist wie seine deutschen Kollegen. So war vor einigen Jahren bis Jahrzehnten der Chauvinismus gegen Türken in der BRD besonders verbreitet. Nun da aber vor allem Menschen aus Afghanistan, Syrien und afrikanischen Ländern nach Deutschland kommen, flaut die Hetze gegen Türken ein bisschen ab und stattdessen wird an allen Ecken und Enden gegen Afghanen, Syrer oder sogenannte „Nafris“ gehetzt.

So kommt es dann auch, dass beispielsweise ein paar Türken mit auf den Zug aufspringen und sich selber als die guten Ausländer inszenieren oder inszenieren lassen, während die anderen die „bösen Integrationsunwilligen“ Flüchtlinge sind, die es ja gar nicht wertschätzen in einem angeblich so tollen Land wie der BRD leben zu dürfen. Dann gibt es so Gestalten wie Akif Pirincci und Achille Mbembe, welche sich sogar als faschistische Galionsfiguren aufspielen, getreu dem Motto „denn wenn selbst die Ausländer so daher reden, dann kann das ja überhaupt nicht rassistisch sein.“

Und wenn sich bei den Migrant*innen unter uns eben auch dieses Verständnis, dass man ja einer der guten Ausländer sei, durchgesetzt hat und sich ganz nach deutscher Tradition den preußischen Untertanengeist zu eigen gemacht hat, dann liegt es ja auch nahe sich gegenseitig bei den Behörden zu verpetzen, weil man ja seinem Herren zeigen will, dass man zu den braven Ausländern gehört der die Spielregeln akzeptiert. So ist uns zum Beispiel in Tenever bei Gesprächen folgendes Beispiel zu Ohren gekommen: Eine marokkanische Familie, die bei der Agentur für Arbeit Leistungen bezieht war mehr als drei Wochen in der Heimat. Das heißt sie waren, logischer Weise, nicht zu Hause, was gegen die Erreichbarkeitspflicht des Arbeitsamtes verstößt. Bei Verstoß droht die Amt mit Sanktionen. Diese Leute wurden von ihren ebenfalls marokkanischen Nachbarn verpetzt. Das ist Denunziantentum, das man von deutschen Spießbürgern gewohnt ist.

Dieses unsolidarische Verhalten, welches in jedem korrekten Arbeiter mindestens ein Kopfschütteln hervorruft, ist die logische Konsequenz, aus dem was die Bonzen Integration nennen. Ein Musterbeispiel dafür was es heißt, sich das deutsche Untertanentum angeeignet zu haben. Profitiert hat davon natürlich weder die marokkanische Familie, noch die Petze, sondern bloß die imperialistische BRD. Wer solche Nachbarn hat, braucht keinen Sachbearbeiter mehr, der einen beim Jobcenter gängelt.

Wenn wir alle so handeln würden, dann hätten die Herrschenden gewonnen, wenn jeder seinen Nachbar verpetzen würden, nur weil er Markenware aus der Türkei mit nach Deutschland mitnimmt, dann hätten die Bullen gewonnen und wenn jeder seinen Arbeitskollegen verpfeifen würde, nur weil sie mal ohne zu stempeln eine rauchen gehen, dann hätten die Bosse gewonnen. Aber wir sind nicht so! Wir sind eine Klasse und wir müssen zusammen halten!•

FASCHISTISCHER TERROR IN HALLE

Am Mittwoch, den 9. Oktober wurden im sachsen-anhaltinischen Halle an der Saale zwei Menschen von einem Faschisten erschossen. Der faschistische Attentäter Stefan B. versuchte am höchsten Jüdischen Festtag, dem Fest der Versöhnung Jom Kippur, mit Sprengstoff und Schusswaffen bewaffnet in eine Synagoge in Halle einzudringen. Als es ihm nicht gelang, durch die Tür der Synagoge durchzubrechen, warf er selbstgebaute Sprengsätze auf das Gelände der Synagoge. Anschließend erschoss er eine zufällig vorbeikommende Frau, die B. ansprach und sich über seine Machenschaften beschwerte. Nach diesem ersten Mord stieg er in sein Auto, fuhr einige Straßen weiter hielt vor einem Dönerimbiss, wo er auf zwei flüchtende und sich anschließend versteckende Personen das Feuer eröffnete. Dabei starb das zweite Opfer des faschistischen Terrors, ein 20-jähriger Mann. Wie der Attentäter aus dem neuseeländischen Christchurch filmte Stefan B. seine Tat mit einer Helmkamera. Ursprünglich hatte er vor, ein „Linkes Zentrum“ oder eine Moschee anzugreifen. Letztlich dauerte es insgesamt 36 Minuten, bis die Polizei am Tatort war. Mehrere Stunden dauerte es, Stefan B. zu fassen.

Im Nachhinein dieser Tat ging es innerhalb der bürgerlichen Presse hauptsächlich um das Thema Antisemitismus in Deutschland. Mit

Sicherheit ist Antisemitismus sowie jegliche Form chauvinistischer Hetze ein Problem, doch dieses Problem geht nicht von einzelnen Personen bzw. sogenannten „Einzeltätern“ aus. Dieses Problem ist ein Ergebnis der chauvinistischen Kampagne, die die Herrschenden in der BRD seit einigen Jahren verstärkt führen. Spätestens seit 2015, dem Jahr, in dem mehr als eine Million Flüchtlinge in die BRD kamen, betreiben die Herrschenden eine massive chauvinistische Hetze – in der Hauptsache gegenüber Muslimen. Eine chauvinistische Kampagne, die sich innerhalb verschiedener Organe des Staates, wie z.B. der Polizei, sowie in der Politik und auch in der faschistischen Massenbewegung, die in den letzten Jahren stark befördert wurde, äußert. Eine Polizei, die die „Demokratie“ garantieren soll, aber immer wieder ihre engen Verbindungen mit der faschistischen Szene zeigt. Politiker, die sich darüber ergötzen, dass geflüchtete Menschen, die aufgrund des Imperialismus in ihren Ländern in Elend leben müssen, in ihre angeblich „sicheren Herkunftsländer“ abgeschoben werden. Eine vom Staat aufgebaute faschistische Massenbewegung, die problemlos Jagd auf Ausländer machen kann, ohne von ihm daran gehindert zu werden, wie wir 2018 in Chemnitz sehen konnten. Doch trotz alledem zeigen sich die Herrschenden in der Öffentlichkeit erschüttert über die Vorfälle vom 9. Oktober. Doch



Heerschau der Polizei in Halle

was sie daraus machen, ist einzig eine große Show. Sie weisen ihre Verantwortung von all dem vollkommen ab und schieben die Schuld auf einen angeblichen „Einzeltäter“. „Einzeltäter“, die mittlerweile keine Einzelfälle mehr sind. Und zu verhindern, dass sich dieser Einzeltäter bis auf die Zähne bewaffnet über eine halbe Stunde durch die Stadt bewegen, wild um sich schießen und zwei Menschen ermorden kann, scheint auch von niemandem die Verantwortung zu sein.

Das Problem, das dieser Staat laut Bundesinnenminister Horst Seehofer hat, sind angeblich zu wenig Bullen, zu wenig Überwachung, zu wenig staatliche Stärke. Auf der offiziellen Pressekonferenz zu dem Vorfall in Halle verkündete er, welche Konsequenzen der Staat daraus ziehen wird. Und die Konsequenz heißt Aufrüsten, Aufrüsten, Aufrüsten. Seehofer spricht davon, die Sicherheitsbehörden massiv aufzustocken - in der Hauptsache das Bundeskriminalamt (BKA) und den Verfassungsschutz. Im gleichen Atemzug spricht Seehofer ganz offen von „Repressionsmaßnahmen“, die in Zukunft durchgesetzt werden sollen. Man brauche angeblich mehr Personal, um den „rechten Terror“ genauso beobachten zu können wie den sogenannten „Islamistischen Terror“. Ein guter Vorwand um aufzurüsten, dass der Attentäter sich so lange durch Halle bewegen und anschließend erst Stunden später in einem 15 Kilometer entfernten Vorort festgenommen werden kann. Wer jedoch Bilder des Polizeieinsatzes gesehen hat, dem fällt es schwer zu glauben, dass diese Horde von Hunderten von Bullen, die ihre Stärke auf ganzer Linie präsentiert hat, 36 Minuten braucht, bis sie am Tatort ist, und noch viel länger, um Stefan B. ausfindig zu machen und festzunehmen. Was die Polizei am 9. Oktober in Halle gemacht hat, ist letztlich nichts anderes, als eine Heerschau zu veranstalten und im Nachhinein darüber zu klagen, zu wenig Kräfte zu haben. Also ein Heer, was in Zukunft immer weiter wachsen soll. Und parallel dazu gibt Seehofer bekannt, die staatliche Überwachung und Kontrolle von Datenströmen im Internet zu verschärfen und auszuweiten. Der Vorwand dafür sind größtenteils Hasskommentare, die laut ihm die eine der Hauptursachen für „Terrorismus“ sind. Heißt einerseits mehr Bullen

und noch bessere Ausrüstung, andererseits immer stärkere Überwachung der Arbeiterklasse.

Die herrschende Klasse in der BRD nutzt den Fall vom 9. Oktober im Hinblick auf zwei Maßnahmen, die sie vorantreibt. Einerseits Verstärkung der Aufrüstung und Überwachung, heißt, wie Seehofer schon ganz richtig zusammenfasst, der Repressionsmaßnahmen. Und andererseits veranstalten die Herrschenden eine riesengroße, lächerliche Show, in der sie ihre Verantwortung vertuschen und gleichzeitig das Gefühl von Einheit propagieren. Wir sollen denken, dass wir alle auf einer Seite stehen – dass wir alle gegen Terrorismus, gegen die Gegner ihrer „Demokratie“ sind. Mit diesen Worten appellieren sie an das Volk und propagieren ihre heuchlerischen Ideale, die vollkommen an der Realität vorbei gehen. Die Gesellschaft ließe sich ja nicht spalten, lassen die obersten Vertreter des deutschen Imperialismus verlauten. Doch, die Gesellschaft ist gespalten! Und das nicht in Nationalität, Haut- oder Haarfarbe. Die Gesellschaft ist in Klassen gespalten, und das Interesse der Herrschenden wird niemals sein, uns vor Faschisten zu beschützen.

Der faschistische Terror in Halle ist das also das Ergebnis der chauvinistischen Kampagne, die den Herrschenden dient, unsere Klasse zu spalten. Er ist alles andere als ein Einzelfall, der durch irgendeinen Verrückten Nazi verübt wurde. Und er dient der Herrschenden Klasse in allererster Linie als Vorwand, Repressionsmaßnahmen durchzuführen und bei Sicherheitsbehörden massiv aufzustocken. All das, was im Nachhinein an Geweine durch die bürgerliche Presse ging, all das, was die Herrschenden von sich gegeben haben, ist Heuchelei! Die Verantwortung für dieses Verbrechen liegt voll und ganz bei der herrschenden Klasse. Kampf gegen den Faschismus kann niemals mit diesem Staat geführt werden. Antifaschistischer Kampf heißt Kampf gegen den Imperialismus, das heißt gegen das System der Ausbeutung und Unterdrückung. •

KAMPF DER FRAUEN IN PALÄSTINA

Am Mittwoch den 25. September gingen tausende Frauen in zwölf Städten in Palästina (unter anderem in Ramallah, Jerusalem, Haifa, Jaffa und Gaza) auf die Straße, um gegen Gewalt gegen Frauen und die Besatzung durch den israelischen Staat zu demonstrieren. Ausschlaggebend für die Proteste war der „Ehrenmord“ an der 21 Jahre alten Israa Ghrayeb die von männlichen Familienmitgliedern in einem Dorf in der Nähe von Bethlehem im August ermordet wurde. Ghrayeb wurde getötet, nachdem sie ein Video von sich und ihrem zukünftigen Verlobten ins Internet stellte. Wie das „Palästinensisches Frauenzentrum für Rechtshilfe und Rechtsberatung“ berichtet kam es im letzten Jahr zu mindestens 23 Frauenmorden. Morde die ihre Ursache im Patriarchat haben. In der Vorstellung, dass Frauen von Natur aus weniger wert sind als Männer und der Idee Frauen würden die „Ehre“ ihrer Familie beschmutzen, wenn sie gewisse moralische und religiöse Richtlinien nicht einhalten. Zugleich zeigen diese Zahlen aber auch, dass es zwischen der angeblich so rückständigen „islamischen Welt“ und der angeblich aufgeklärten „westlichen Welt“ keine großen Unterschiede in dieser Frage gibt. So wurden im Jahr 2016 in Deutschland 149 Frauen durch ihre Ehemänner ermordet. Denn die Grundlage für diese Gewalt ist eben nicht die vermutete Rückständigkeit oder Fortschrittlichkeit der einen oder anderen Kultur, sondern das Patriarchat.

Die Demonstranten waren in der Hauptsache Frauen, sie riefen Parolen gegen das Patriarchat, Ehrenmorde und die israelische Besatzung. Unter anderem wurden Fotos von Frauen gezeigt die in israelischen Gefängnissen einsitzen müssen und dort systematisch Opfer von (sexueller) Gewalt werden. Die Aktion wurde organisiert durch die palästinensische Kampagne „Tal’at“ was übersetzt „Coming Out“ bedeutet und fand unter der leitenden Parole „Du kannst nicht das Land befreien aber nicht die Frauen“ statt. Lema Nazeeh, eine der Organisatorinnen aus Ramallah, geht darauf genauer ein: „Sie können das Konzept der Freiheit nicht aufteilen. Der Kampf für die Rechte der Frau beruht auf demselben Konzept wie der Kampf gegen die israelische Kolonialisierung.“

Ihr Ziel beschreibt sie weiter als „ein Heimatland frei von allen Formen von Unterdrückung“. Einer der männlichen Teilnehmer in Ramallah, Anas Hamdallah, sagte: „Die Mitglieder der palästinensischen Gesellschaft müssen sich vereinen, um für die Phase der Befreiung vom Kolonialsystem mächtiger zu sein.“

Die Kampagne nahm ihren Ausgangspunkt in Haifa und verbreitete sich von dort aus über das ganze Land und darüber hinaus. So kam es auch in Beirut, der Hauptstadt des Libanon, und in Berlin zu Aktionen am gleichen Tag. Beide waren gut besucht und erreichten viel Aufmerksamkeit in der Presse. Eine palästinensische Geflüchtete aus Beirut sagte dazu treffend: „Wir haben uns zusammengeschlossen, um das Diktat der geografischen Trennung und Isolation zu überwinden, das uns der Siedlerkolonialismus und seine verschiedenen Erscheinungsformen auferlegt“ und in Anbetracht der regen Beteiligung palästinensischer Geflüchteter hebt sie die Bedeutung eines „Wiederaufbaus des palästinensischen kollektiven Bewusstseins trotz der geografischen Zersplitterung“ hervor. Und auch wenn die Kampagne ihren Ausgangspunkt in einer von Israel annektierten Stadt genommen hat, stand für die Aktivistinnen in Haifa und Jaffa von Anfang an fest, dass sie in keiner Weise mit irgendeiner israelischen Plattform zusammenarbeiten werden, auch nicht mit den Mainstream-Medien. Zu groß ist die Gefahr, dass ihr Kampf genutzt wird, um die Gewalt der faschistischen Siedler zu legitimieren, die immer wieder nach Rechtfertigungen für die gewaltsame Besatzung Palästinas suchen.

In den meisten Städten verliefen die Demonstrationen ohne Zwischenfälle und die Polizei hielt sich sichtlich zurück, zu groß war das Risiko Bilder zu schaffen, die die Wut der Massen nur noch mehr steigern würden. Denn das wäre das Ergebnis davon gewesen dieser Aktion mit repressiver Gewalt zu begegnen. Sie hätte den Kampfgeist der Frauen nur verstärkt. In Jerusalem allerdings trafen Demonstranten auf Polizei und Militär am Damaskustor – einem der Haupteingänge zur „alten Stadt“ wo die israelischen

Soldaten immer Präsenz zeigen. Dort versuchten Polizisten das zeigen von Fahnen palästinensischer Organisationen zu unterbinden. Dies zeigt noch einmal deutlich, wie viel der angeblichen „einzigen Demokratie im Nahen Osten“ die Meinungsfreiheit wirklich bedeutet. Selbst ein friedfertiger Akt wie das Zeigen von Fahnen wird versucht zu unterbinden.

Der Kampf der palästinensischen Frauen gegen patriarchale Gewalt und Besatzung ist gerechtfertigt. Auch in Palästina, wie überall sonst auf der Welt sind die Frauen vom Patriarchat unterdrückt. Aber anders als in den imperialistischen Nationen lastet auf den Frauen in Palästina auch noch die Last des bürokratischen Kapitalismus, der halbfeudalen Ausbeutung und der Besatzung durch die Zionisten. Aber in Perspektive müssen die Frauen den Kampf gegen das Patriarchat nicht nur mit dem Kampf gegen die Besatzung, sondern auch mit dem

Kampf gegen das imperialistische System als ganzes verbinden. Denn es ist das Privateigentum, welches die Unterdrückung der Frauen hervorgebracht hat und entsprechend kann die Unterdrückung der Frau nur beseitigt werden, wenn die materielle Grundlage dieser Unterdrückung vernichtet wird. Dafür braucht es eine wirkliche Volksfrauenbewegung die – geführt von einer Kommunistischen Partei – die neudemokratische Revolution in Palästina führt. •



Schild links: Revolution gegen das Patriarchat und den Kolonialismus

HERBERT GRÖNEMEYER, FASCHISMUS UND DEMOKRATIE

Ein überzeugter Faschist ermordet zwei Menschen in Halle, plant eigentlich einen Massenmord in einer Synagoge, und sendet seine abscheuliche Tat per Livestream in die Welt. Ein paar Wochen vorher wird der CDU-Politiker Walter Lübke von Faschisten erschossen. Der deutsche Staat hat mit dem NSU ein Netzwerk mit aufgebaut, das mindestens 10 Menschen ermordet hat. Jetzt bekommt die Anwältin der Ermordeten Drohbriefe an ihre Adresse, die nur den Bullen bekannt ist. In diesen Briefen wird ihr gedroht ihre kleine Tochter zu schlachten. Unterzeichnet ist das ganze mit NSU 2.0. In Bundeswehr und Polizei haben sich mit dem sogenannten Hannibal-Netzwerk dutzende Faschisten organisiert, Waffen, Munition und Sprengstoff gesammelt und schon Löschkalk und Leichensäcke für Hinrichtungen besorgt. Vorbereitung für den „Tag X“. Kein Monat vergeht ohne irgendeinen Skandal über die Polizei. Sei es, dass Polizeischüler Hakenkreuzbilder verschicken oder Bullen Nazisymbolik auf ihre Autos und Waffen kleben. Kein Tag vergeht ohne Angriffe auf Geflüchtete, Migranten, Muslime, Linke und alle die nicht in das

Weltbild der Faschisten passen. In Deutschland baut sich eine faschistische Massenbewegung auf, inklusive faschistisch terroristischen Untergrund der gut vernetzt in deutschen Sicherheitsbehörden ist bzw. von ihnen aufgebaut wurde, Zugang zu Waffen hat und offensichtlich bereit ist diese einzusetzen. Das ist die Realität im Jahr 2019. In diesem Jahr sind es mindestens 245 Menschen die seit dem Jahr 1989 von Faschisten ermordet wurden.

Man hätte also allen Grund mehr zu tun als nur rumzuschreien. Man hätte gute Gründe jeden der für all diese reaktionäre Gewalt verantwortlich ist auch tatsächlich zur Verantwortung zu ziehen und sie ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Aber eine hitzige Debatte über dieses Thema passt den Herrschenden zur Zeit nicht, alles muss möglichst liberal und ruhig zu gehen, so dass selbst eine völlig normale Reaktion auf diesen Normalzustand, wie rumschreien, gebrandmarkt wird. Herbert Grönemeyer hat ein bisschen rumgeschrien. Aber was hat er gesagt? Er ist ein bürgerlicher Demokrat und hat bei einem Konzert in Wien an angebliche Grundwerte dieser



Antifaschistische Debatte in den 90ern



Herbert Grönemeyer: Der nächste Goebbels?

bürgerlichen Demokratie appelliert: „Ich glaube, es muss uns klar sein, auch wenn Politiker schwächeln (...), dann liegt es an uns, zu diktieren, wie eine Gesellschaft auszusehen hat. Und wer versucht, so eine Situation der Unsicherheit zu nutzen für rechtes Geschwafel, für Ausgrenzung, Rassismus und Hetze, der ist fehl am Platze. Die Gesellschaft ist offen, humanistisch, bietet Menschen Schutz. Und wir müssen diesen Menschen so schnell wie möglich und ganz ruhig den Spaß daran austreiben. Keinen Millimeter nach rechts! Keinen einzigen Millimeter nach rechts! Und das ist so und das bleibt so!“ Wir hätten an diesem kurzen Appell bestimmt auch einiges zu kritisieren. Was er alles nicht ausspricht, das „Keinen Millimeter nach rechts!“ eben auch heißt der Status Quo wäre zu verteidigen, das es eben auch nicht heißt „Einige Meter nach links“. Wir könnten auch anmerken, dass wer vom Imperialismus und der Diktatur der Bourgeoisie und der bürgerlichen Demokratie als ein Teil davon, nicht reden will doch bitte vom Faschismus schweigen sollte. Wir könnten auch darüber sprechen wie wunderbar der imperialistische Chauvinismus zu der Herrschaft der Bourgeoisie passt, um unsere Klasse zu spalten, damit sie nicht vereint kämpft, oder darüber, dass der Faschismus eben auch nur eine andere Form der Ausübung der Diktatur der Bourgeoisie ist. Eben eine offen terroristische Form die die Herrschenden grade so noch nicht brauchen.

Aber was uns in diesem Fall viel mehr interessiert ist die Welle an Kritik, die seine Rede nach sich gezogen

hat. Da werden sich plötzlich AfD-Abgeordnete und Linksliberale sehr einig. Ausgerechnet eine AfD-Politikerin wie Beatrix von Storch kann dann allen Ernstes den Auftritt Herbert Grönemeyers zum Anlass nehmen, um darin „die furchterregendste, übelste, totalitärste Hassrede“ überhaupt zu sehen. Da ihr Opa Hitlers Finanzminister war könnte man annehmen, dass sie eine besondere Begabung haben müsste um Faschisten zu erkennen. Leider steht sie mit diesem Unsinn nicht alleine da. Auch von Linksliberalen wird Unbehagen geäußert. Eine „aufgepeitschte Menge“, ein Mann der vor ihnen steht und „diktieren“ will, wie die „Gesellschaft auszusehen hat“. Das erinnert manche dann gleich an Joseph Goebbels. Dieses ganze liberale und bürgerliche Geschwafel dient dazu jede Form von politischer Agitation die sich nicht gibt wie eine gemäßigte Talkshow oder ein Uni-Seminar zu denunzieren. Unsere Klasse braucht keine feinsinnigen Debatten darüber wie energisch oder laut eine Rede gehalten werden darf. Wir müssen ihren ganzen arbeiterfeindlichen und spalterischen Dreck überall denunzieren und wie und in welcher Form wir das tun lassen wir uns nicht von irgendwelchen Fouilletonjournalisten vorschreiben. Wir sind an einem Punkt angekommen an dem man in Deutschland nicht einmal mehr dazu aufrufen darf bürgerlicher Demokrat zu sein. Zumindest nicht ohne von verschiedensten Seiten als Faschist bezeichnet zu werden. Das ist die politische Kultur die hier mittlerweile herrscht, in dieser bürgerliche Demokratie mit ihrer angeblichen Meinungsfreiheit. Nazis morden, der Rest denkt darüber nach wie laut man eine Rede halten darf. •

DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:
ROTEPOST@GMX.DE

TERMINE IM NOVEMBER

Bremen:
Jeden Mittwoch
Café Rebellion, BDP-Haus (Am Hulsberg 136)

Hamburg:
01.11., 15.11., 29.11.,
Kneipe des Roten Frauenkomitees Hamburg, Sauerkrautfabrik (Harburg)

25.11.
TAG GEGEN GEWALT AN FRAUEN
Halte Augen und Ohren offen für angekündigte Aktionen

